



JVP



Die Junge ÖVP.

Die Junge ÖVP.

Tickt anders. Macht's besser.

Unsere Anliegen zum Bundestag 2015

Überblick

Unsere Vision.....	3
Aufstieg & Chancen	5
„Schule und Weiterbildung“	6
„Hochschulen und Forschung“	7
„Arbeit und Wirtschaft“	8
„Start-Ups“	9
„Energie und Umwelt“	10
Generationen & Zusammenleben	11
„Urbaner und ländlicher Raum“	11
„Gesellschaft und Ehrenamt“	12
„Generationen und Familie“	13
„Gesundheit und Soziales“	14
„Integration“	15
Staat & Demokratie.....	16
„Staatshaushalt und Steuerpolitik“	16
„Bürgerbeteiligung und Politische Bildung“	17
„Wahlrecht und Politisches System“	18
„Digitalisierung und Netzpolitik“	19
„Österreich in Europa und der Welt“	20

Unsere Vision

Wir, die Junge ÖVP, machen Politik nach klaren Überzeugungen und gemeinsamen Werten. Dabei leiten uns Freiheit, Leistung, Eigenverantwortung, Nachhaltigkeit und Zusammenhalt.

Gerade wir Jungen wissen um die Kraft des Individuums, jeder soll sein Leben eigenverantwortlich in die Hand nehmen und den Weg gehen, den er selbst für richtig hält. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, freie Bürger zu bevormunden oder moralisch zu belehren.

Wir sind der festen Überzeugung, dass Leistung zählt: Egal ob in Schule, Beruf, Studium, Familie, Unternehmen oder Ehrenamt. Wer sich einsetzt und einbringt, ist ein Gewinn, für sich, für andere, für die Gesellschaft. Jeder soll die Möglichkeit haben, seinen Weg in Österreich zu machen, egal, woher er kommt. Der Staat und die Allgemeinheit haben die Leistungen der Einzelnen anzuerkennen, zu fördern und zu unterstützen.

Als kommende Generation haben wir die Zukunft klar im Blick. Unser Horizont endet nicht im Heute und daher nehmen wir Nachhaltigkeit in allen Bereichen ernst: vom Budget über die Pensionen bis zur Verantwortung gegenüber unserer Umwelt. Dafür braucht es staatliche Transparenz und individuellen Mut, diese Zukunftsthemen auch gegen Widerstände zu vertreten und durchzusetzen.

Aufgrund unseres christlich-sozialen Weltbildes ist klar, dass jeder seinen Beitrag leisten muss, dass aber auch die Gemeinschaft jeden unterstützt, der unverschuldet in Not gerät und sein Leben nicht mehr alleine meistern kann. Gemeinschaft beginnt in der Familie: Sie ist für uns ein Ort der Geborgenheit, des sozialen Lernens und der Solidarität zwischen den Generationen.

Zusammenhalt für uns als Junge ÖVP heißt miteinander stark sein: in den Gemeinden, in den Ländern und im Bund.

Die Junge ÖVP. Tickt anders. Macht's besser.

Das Kandidatenteam der Jungen ÖVP zum Bundestag 2015

Aufstieg & Chancen

Früher war es selbstverständlich, dass Kinder die Jobs der Eltern wählten. Das hat sich verändert – heute stehen jungen Menschen unterschiedlichste Wege offen. Damit diese Wege auch gegangen werden können, muss Österreich ein Land werden, in dem wirklich Jede und Jeder alles erreichen kann.

Wir müssen sicherstellen, dass junge Menschen heute bekommen, was sie für morgen brauchen, und müssen dabei auch die Eltern in die Pflicht nehmen. Dafür benötigt es grundlegende Reformen, von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Uni und Fachhochschule, aber auch darüber hinaus für ein lebenslanges Lernen. In jedem Lebensabschnitt sollen ein beruflicher Aufstieg und persönliche Weiterentwicklung möglich sein.

Unser Staat kann es sich nicht leisten, auf die Talente der Bevölkerung zu verzichten. Talente müssen genauso wie Defizite möglichst früh erkannt werden, um sie verstärken bzw. ausbessern zu können. Dazu brauchen wir die bestmögliche Unterstützung, damit junge Menschen später alle Chancen haben, in Österreich eine Karriere machen und etwas zurückgeben zu können.

Um langfristig erfolgreich zu sein, müssen wir Zukunftsbereiche stärken: Jeder Euro, der in Wissenschaft und Forschung investiert wird, bringt uns neue Innovationen und schafft neue Arbeitsplätze. Wir wollen Österreich als Land der Innovationen sehen, in dem Unternehmertum möglich ist und Leistung sowie Eigenverantwortung geschätzt werden. Ein Österreich, in dem wir unseren Wohlstand halten und unsere Gesellschaft weiterentwickeln können.

„Schule und Weiterbildung“

Die Welt des 21. Jahrhunderts stellt uns oft vor Herausforderungen, auf die wir in der Schule noch nicht ausreichend vorbereitet wurden. Manche ergreifen einen Beruf, den es vor wenigen Jahren noch gar nicht gegeben hat, andere strömen in Jobs, die vielleicht bald nicht mehr gebraucht werden. Auf der anderen Seite gibt es jährlich 10.000 junge Menschen, die keinen Hauptschulabschluss haben, und weitere über 10.000 junge Menschen, die nach der Pflichtschule keine weiterführende Ausbildung besuchen.

Um diesen Herausforderungen nachzukommen, brauchen wir hochwertige, individuelle Frühförderung, bei der auch die Eltern in die Verantwortung genommen werden müssen. Durch eine Bildungspflicht, gekoppelt an eine Mittlere Reife, können wir erreichen, dass keine Schullaufbahn ohne Erlernen von Lesen, Schreiben und Rechnen endet. Damit Jede und Jeder Chancen erkennen und ergreifen kann, müssen Bildungswegs- und Berufsorientierung ein fixer Bestandteil der Schullaufbahn sein. Durch mehr Schulautonomie können die besten Entscheidungen für die Schülerinnen und Schüler unkomplizierter getroffen werden und durch transparente Kennzahlen und Evaluierungen kann förderlicher Wettbewerb zwischen Schulstandorten entstehen. Da Bildung nicht mit dem Ende der Schullaufbahn endet, müssen auch Angebote zum lebenslangen Lernen gestärkt werden.

Wir fordern daher:

- Fokus auf **frühkindliche Förderung: regelmäßige Potenzialanalysen und Talente-Check** ab der ersten Bildungseinrichtung
- Abschaffung der **Schulsprengel** & Ermöglichung der **freien Schulwahl**
- **Entlastung der Pädagoginnen und Pädagogen** von **administrativen und nichtpädagogischen Aufgaben** durch Stützkräfte (z. B. Schulpsychologen, Sozialarbeiter)
- **Mehr echte Schulautonomie und stärkere Einbindung der Schulpartner** (wie z. B. Auswahl von Lehrkräften und Direktoren am Standort, autonome Schulprofile)
- **Öffnung der Schule für externe Vortragende & Lehrende**
- **Mehr Schulpraxis in der Lehrerbildung**
- **Sommerangebote** für Interessierte zur individuellen Förderung von Talenten und bei Förderbedarf
- Mehr **Wettbewerb** im Schulsystem durch **transparente Kennzahlen und Evaluierung**
- Förderung von **Schüleraustausch** ähnlich dem ERASMUS-Programm
- **Verpflichtende Studien- und Berufsorientierung an Schulen**
- **Bildungspflicht statt 9 Jahre Schulpflicht:** Kein Schulabschluss ohne **Beherrschen der Grundkulturtechniken** Lesen, Schreiben, Rechnen (z. B. durch Mittlere Reife am Ende der 8. Schulstufe)

- Einführung einer **ergänzenden verbalen Beurteilung** zusätzlich zur Notenbewertung im Zeugnis
- **Life-long-Learning**: Entkoppelung der Bildungsphase von der Jugendphase (z. B. durch Einführung der **Erwachsenenlehre, Forcierung 2. Bildungsweg** etc.)
- **Unis und FHs für Lehrabsolventen öffnen**: allgemeine Studienberechtigung für Meister
- **Attraktivierung des Lehrberufs** (z. B. durch **kostenfreie Meisterprüfung** & zusätzliche **Fortbildungsmöglichkeiten**)

„Hochschulen und Forschung“

In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Zahl der Studierenden an Österreichs Universitäten und Fachhochschulen von rund 200.000 auf knapp 300.000 ordentliche Studentinnen und Studenten gesteigert, aber die Hochschulen haben darauf nicht entsprechend reagiert. Die Folgen dieses schnellen Anstiegs sind überfüllte Hörsäle, Platzmangel in Seminaren und finanzielle Engpässe wegen der fehlenden Studienplatzfinanzierung – denkbar ungünstige Studienbedingungen. Wir wollen für Studentinnen und Studenten Rahmenbedingungen schaffen, damit unsere Hochschulen im internationalen Vergleich konkurrenzfähig bleiben.

Eine höhere Forschungsquote ist dringend notwendig, um unseren Platz im globalen Wettbewerb zu sichern. Neben den staatlichen Leistungen müssen zusätzlich Anreize für private Investoren und neue Möglichkeiten zur Drittmittelfinanzierung geschaffen werden.

Wir fordern daher:

- Universitäten sollen jeden Studiengang bei Nachfrage auch **berufsbegleitend** anbieten & Forcierung von online angebotenen **Studiengängen**
- Einführung fairer **Zugangsregeln** für ein qualitativ hochwertiges Studienangebot
- **Einführung von Studienbeiträgen** mit daran gekoppeltem **Stipendiensystem**
- Verbesserte Anerkennung von **Diplomabschlüssen und höhere Durchlässigkeit beim Wechsel zwischen Studien- und Universitätsstandort**
- Aufstockung der Mittel in der **Grundlagenforschung und in der angewandten Forschung** sowie Aufbau von weiteren **naturwissenschaftlichen & technischen Clustern** (stärkere Einbeziehung von **Drittmitteln bei der Forschungsfinanzierung**)
- **Anreize zur praxisnahen Forschung** durch Patentbeteiligung der Forscherinnen und Forscher schaffen
- Attraktivierung von **volkswirtschaftlich nachgefragten Studienfächern wie z. B. MINT-Fächer**
- Anpassung der **Fördersätze** und weiterer bedarfsorientierter **Ausbau** der Studienplätze der **Fachhochschulen**

„Arbeit und Wirtschaft“

Derzeit ist in Österreich bereits jeder Zehnte im erwerbsfähigen Alter auf Arbeitssuche. Hier muss Österreich stärker gegensteuern. Die wirtschaftliche Situation in Europa und veränderte Arbeitswelten machen es notwendig, neue Arbeitsmodelle zu schaffen, die der Lebensrealität der Menschen entsprechen. Unsere Welt ist flexibler geworden, die Arbeitsbedingungen noch nicht.

Damit mehr Freiraum für die persönliche Zeiteinteilung bleibt, machen wir uns für flexiblere Arbeitszeiten stark. Gehalt sollte nichts mit dem Alter, sondern mit der Leistung zu tun haben. Wir fordern deshalb höhere Einstiegsgehälter und faire Dienstverhältnisse, die die Leistungsbereitschaft unterstützen.

Wir fordern daher:

- Förderung von **Ausbildungspraktika statt Scheinpraktika** (Generation Praktikum)
- Senkung der **Lohnnebenkosten**
- Einschleifregelung bei **SVA-Beiträgen für Niedrigeinkommen**
- **Dienstleistungsscheck** attraktivieren, um Schwarzarbeit entgegenzuwirken
- Flexibilisierung der **Ladenöffnungszeiten**
- Im Unterricht **Bewusstsein für Unternehmertum** erzeugen
- **AK-Umlage** erst bei Steuerpflicht einheben
- **Modernisierung der Gewerbeordnung für innovative Geschäftsmodelle**

„Start-Ups“

Immer mehr junge Menschen haben den Wunsch, sich selbst zu verwirklichen und ein Unternehmen zu gründen. Für Österreich bedeutet das wirtschaftlich ein großes Potential, denn jedes neue Start-Up schafft im Durchschnitt zwei neue Arbeitsplätze und rund 180.000 € an Wertschöpfung.

Wir haben die Vision von einem Österreich der Chancen, einem Land voller neuer Ideen und neuen Möglichkeiten. Wir wünschen uns ein Österreich, das voll von Gründungen und Start-Ups ist, ein Land, in dem junge Leute sich trauen, etwas aus ihren eigenen Gedanken und Visionen zu schaffen.

Wir fordern daher:

- **Start-Up- und Unternehmensgründungsförderung** durch Erhöhung der staatlichen **Gründerfonds** & Schaffung von Rahmenbedingungen für alternative Finanzierungsformen (z.B. Crowdfunding)
- **Abbau der Bürokratie** bei der Unternehmensgründung
- **Lohnnebenkosten** für den ersten Mitarbeiter im ersten Jahr der Anstellung **abschaffen**
- **Schaffung von Start-Up-Hubs**
- Studierende Start-Up-Gründer bekommen bei nachhaltigem Unternehmenserfolg **Toleranzsemester an Universitäten & Fachhochschulen** angerechnet

„Energie und Umwelt“

Der Energiebedarf Österreichs wird bis 2030 um bis zu 16 % ansteigen, während sich der weltweite Energiebedarf bis 2040 um fast 40 % erhöhen wird. Das stellt nicht nur eine Herausforderung für unser Ökosystem, sondern auch für Österreich als Wirtschaftsstandort dar. Unsere Energiepolitik muss daher auf die Sicherstellung von leistbarer und sauberer Energie abzielen.

Um den Schutz unserer Lebensgrundlage zu gewährleisten, braucht es einen verantwortungsbewussteren Umgang mit unseren Ressourcen und der Umwelt. Nur so kann eine nachhaltige Lebensqualität bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum erreicht werden.

Wir fordern daher:

- **Vereinheitlichung der Förderungen** von erneuerbarer Energie auf nationaler und europäischer Ebene
- **Stärkere Förderung und Nutzung vorhandener eigener Ressourcen** zur Verringerung der Abhängigkeit
- Ausbau der **Energieinfrastruktur** & Erstellung eines **europäischen Energienetzplans**
- **Europäische Energiespeicherstrategie** einführen, um in Hochzeiten produzierten Strom nicht verpuffen zu lassen
- **Ausbaupotential** der **Wasserkraft** und flexibler Pumpspeicherkraftwerke nutzen
- **Implementierung intelligenter Stromnetze** und Einführung einer zeitnahen Energieverbrauchs-Abrechnung in Haushalten – „**Smart Meter**“
- Verbesserung der **Nutzung industrieller Abwärme**
- **Maßnahmen zur Energieeffizienz**, insbesondere im Bausektor in Anpassung an den Gebäudelebenszyklus
- Zweckwidmung eines Teils der **Erlöse des Emissionshandels für Energieforschung**
- Bewusstseinsbildung zum Konsum von **regionalen und saisonalen Lebensmitteln**
- Ausbau des **Recyclings** durch Etablierung umweltschonender Abfall- und Stoffkreisläufe
- Konsequenter **Schutz der Böden** & Reduktion des Bodenverbrauchs

Generationen & Zusammenleben

Bis 2030 wächst die Zahl der im Ausland geborenen Bevölkerung in Österreich infolge der Zuwanderung um 360.000 Menschen. Gleichzeitig wird unsere Gesellschaft immer älter: Bis 2030 wird sich die Zahl der über 65-jährigen auf fast 2,2 Millionen Menschen erhöhen – das sind 700.000 Menschen mehr als heute.

Eine moderne Politik muss diese Veränderungen erkennen, begleiten und mögliche Gegensätze ausgleichen, um ein Zusammenleben der Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen, unterschiedlichen Alters und unterschiedlichen Lebensmittelpunkten zu garantieren. Wichtige Stützen des Zusammenlebens sind das ehrenamtliche Engagement und die Familie. Beides muss stärker gefördert werden. Die Entscheidung, eine Familie zu gründen, soll vom Kinderwunsch und nicht von der Geldbörse abhängen. Gleichzeitig darf man auch bestehende Baustellen, wie etwa im Pflege- und Pensionsbereich, nicht außer Acht lassen. Ehrliche Politik bedeutet auch, unangenehme Themen anzusprechen, aber gleichzeitig sachliche Lösungen anzubieten.

„Urbaner und ländlicher Raum“

Die Landeshauptstädte wachsen in Österreich seit Jahren deutlich schneller als der Rest des Landes. 2030 werden weltweit schon 3 von 5 Menschen in Städten leben. Das bedeutet aber, dass immer weniger Junge im ländlichen Raum bleiben. Der dadurch entstehende „Brain Drain“ vom ländlichen Raum in Richtung Stadt und die steigende Wohnraumknappheit in den Ballungszentren stellt uns in Zukunft vor große Herausforderungen. Wir wollen daher ein attraktives Angebot und eine gute Infrastruktur schaffen, welche die regionalen Unterschiede bestmöglich ausgleicht.

Für die jungen Menschen und Jungfamilien in ganz Österreich sind die Themen Mobilität und Wohnraum besonders wichtig. Um den Sprung in die Eigenständigkeit zu schaffen, sind die eigenen vier Wände oder die persönliche Mobilität der erste Schritt. Hier braucht es Rahmenbedingungen, die ein Leben im urbanen und im ländlichen Raum möglich machen.

Wir fordern daher:

- Einheitliches **Studententicket** für alle öffentlichen Verkehrsmittel
- Förderung von Forschung, Entwicklung, Innovation und Spitzentechnologie im Bereich **Elektromobilität** (inkl. Hybridtechnologie)

- Senkung der **Grunderwerbssteuer** auf 2 % und Entfall der **Grundbuchgebühr** für Jungfamilien
- **Zinsfreier Wohnbaukredit** für Jungfamilien
- Forcierung von **Mehrgenerationen-Wohngemeinschaften durch Anpassung des Mietrechts**
- Reform des Anspruchs auf Gemeindewohnungen: **Sozialer Wohnbau** soll vom Einkommen abhängen & regelmäßige Prüfung der Anspruchsvoraussetzungen
- **Vereinfachung der Bauordnungen** & Normen sowie eine **Wohnbau-Flächenwidmungsoffensive**, um Wohnpreise zu senken
- Zusätzliche Unterstützung für kooperierende Gemeinden, die **Synergieeffekte bei gemeinsamen Infrastrukturprojekten** erzielen, um einen Spielraum für Investitionen im ländlichen Raum zu schaffen

„Gesellschaft und Ehrenamt“

Österreich ist Vorreiter, wenn es um ehrenamtliches Engagement geht. 46 % der Österreicherinnen und Österreicher engagieren sich freiwillig, insbesondere junge Menschen: 1,5 Millionen Freiwillige sind unter 30 Jahren und investieren durchschnittlich fünf Stunden wöchentlich in ehrenamtliche Tätigkeiten. Freiwilligenarbeit ist als Säule unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken.

Damit sich Freiwillige für unsere Gemeinschaft auch weiterhin einsetzen können, braucht es die richtigen Rahmenbedingungen und vor allem Wertschätzung. Um ehrenamtlichem Engagement einen höheren Stellenwert einzuräumen, braucht es eine Bewusstseinsänderung in der Gesellschaft. Darüber hinaus wollen wir weitere verbindende Elemente stärken, um Toleranz und Respekt als unverzichtbare Werte unserer Gesellschaft sicherzustellen und zu festigen.

Wir fordern daher:

- **Ethikunterricht** für all jene, die keinen konfessionellen Religionsunterricht besuchen
- **Knüpfung staatlicher Leistungen (z. B. der Familienbeihilfe)** an den Schulbesuch während der Schulpflicht
- **Einheitliche Zertifizierung von ehrenamtlichem Engagement** und speziellen Fähigkeiten
- Berücksichtigung von ehrenamtlicher Tätigkeit bei **Bewerbungen** im öffentlichen Dienst
- **Öffnung des freiwilligen sozialen Jahrs für alle Altersgruppen in Verbindung mit der Einführung des Zivildienstes für Frauen auf freiwilliger Basis**
- **Echte Wehrpflichtreform im Sinne einer umfassenden Landesverteidigung eines neutralen Staates** mit nachhaltigem Mehrwert für den Einzelnen und Nutzen für die Integration
- **Reform der Kriterien der Wehrdienstuntauglichkeit & Entwicklung alternativer Tätigkeitsfelder**

„Generationen und Familie“

Die steigende Lebenserwartung und die Alterung unserer Gesellschaft bringen unser Pensions- und Pflegesystem immer mehr an die Grenzen der Belastbarkeit. 1970 standen 43 Arbeitsjahre 34 Ruhejahren gegenüber – 2010 waren es nur mehr 35 Arbeitsjahre, aber bereits 48 Ruhejahre. Diese Entwicklung ist teuer: Die Ausgaben für unser Pensionssystem werden sich in den nächsten Jahrzehnten verdoppeln. Damit wir Junge in diese Systeme nicht nur einzahlen, sondern eines Tages auch etwas herausbekommen, braucht es bereits heute echte Reformen.

Wir haben die Vision von einem Österreich, in dem die junge Generation Perspektiven hat. Wir wollen dazu beitragen, dass die Gründung einer Familie nicht von der Geldbörse abhängt – steuerliche Absetzmöglichkeiten und verbesserte Förderangebote sollen Familien bedarfsgerecht unterstützen. Wir wünschen uns ein Österreich, das nachhaltig mit den Geldern für Pensionen umgeht und generationengerecht handelt. Wir wollen ein Österreich, das umdenkt, damit der jungen Generation langfristig Zukunftschancen garantiert werden.

Wir fordern daher:

- **Rechtsanspruch** auf einen Kinderbetreuungsplatz im Wohnbezirk
- Steuerliche Entlastung durch **Erhöhung des Kinderfreibetrages** und Verbesserung der Absetzbarkeit der Kinderbetreuung
- **Pensionsreform:** Einführung der **Pensionsautomatik, echtes Bonus-Malus-System** (Zu- und Abschläge je nach Pensionsantritt), **raschere Anhebung des Pensionsantrittsalters**
- Abflachung der **Lebensverdienstkurve**
- **Ausbau altersgerechter Arbeitsplätze**, um den Frühpensionierungen entgegenzuwirken
- Abschaffung der Zuverdienstgrenzen in Bezug auf das **Kinderbetreuungsgeld**
- Forcierung von **Home-Office & Tele-Working im öffentlichen Dienst**
- Erhöhung der **Zuverdienstgrenze bei der Familienbeihilfe**
- Anonymisierte statistische Erfassung und Motivforschung von **Schwangerschaftsabbrüchen & Ausbau des Beratungsangebots**
- **Gesamtreform des FLAF** (Entlastung von familienfremden Leistungen)

„Gesundheit und Soziales“

Für Österreich wird mit einem Anstieg der Gesundheitsausgaben von derzeit 7,1 % auf bis zu über 10 % des BIPs bis 2060 gerechnet. Gleichzeitig leidet bereits heute fast die Hälfte der Bevölkerung an Übergewicht und Bewegungsmangel. Daraus entstehen oftmals gesundheitliche Auswirkungen und teure Behandlungen, die vor allem den eigenen Körper, aber daneben auch das System finanziell fordern.

Wer sich jetzt um Gesundheitsprävention kümmert, muss später weniger in das Gesundheitssystem investieren. Neben den Herausforderungen im Gesundheitsbereich müssen wir uns auch den demografischen Herausforderungen stellen und das Pflege- und Sozialsystem reformieren, um ein Leben und Altern in Würde zu garantieren.

Wir fordern daher:

- **Zusammenlegung** der Sozialversicherungsträger
- **Gesundheitsprävention** in den Vordergrund stellen: **Bonus in der Sozialversicherung bei gesunder Lebensweise und regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen**
- **Persönliche Gesundheitsleistungen** transparent darstellen
- Attraktivierung des Berufsbildes **Allgemeinmediziner** (neues **Entlohnungsmodell** und Anreize für Übernahme einer **Praxis im ländlichen Raum** schaffen)
- Attraktivierung der **Turnus-Absolvierung in den Regionen & faire Bezahlung für Jungärztinnen und Jungärzte**
- Einführung eines **Lehrberufs im Pflegebereich**
- **Reform der Mindestsicherung: verstärkte Arbeitsmarktintegration & häufigere Überprüfungen der Anspruchsvoraussetzungen**
- **Stärkung der familiären Pflege** durch Ausweitung der Förderung von **24-Stunden-Betreuung**

„Integration“

Die österreichische Bevölkerung setzt sich aus Menschen verschiedenster Kulturen und Religionen zusammen. Integration betrifft uns in Österreich alle, denn über 1,6 Millionen Menschen in Österreich haben Migrationshintergrund, rund 150.000 Menschen wandern jährlich zu und knapp 100.000 verlassen gleichzeitig Österreich.

Um ein positives Miteinander zu schaffen hilft weder die rechte Hetze noch die linke Träumerei, es bedarf einer sachlichen Integrationspolitik. In Österreich soll nicht zählen, woher man kommt, welche Hautfarbe man hat oder welcher Religion man angehört. Es soll das zählen, was man leistet und was man in Österreich beitragen will.

Wir fordern daher:

- Ausbau und Weiterführung der **Sprachförderungsprogramme** für Kinder und Jugendliche
- Öffnung der **Rot-Weiß-Card** für Bachelorabsolventen und Abbau der bürokratischen Hürden
- Schaffung einer **Willkommenskultur** in Österreich inklusive One-Stop-Shops für Zuwanderer
- **Stärkung des ehrenamtlichen Engagements** von Menschen mit Migrationshintergrund
- Förderung der **Diversität** im öffentlichen Dienst
- Steuerliche Absetzbarkeit für Unternehmen, die **Deutsch-Sprachkurse** in ihrem Unternehmen anbieten
- Öffnung von Berufen der **Standesvertretungen** (z. B. Rechtsanwaltskammer) für Drittstaatsbürger bei entsprechender Qualifikation und Ausbildung

Staat & Demokratie

Österreich steht vor großen Herausforderungen. Die Staatsschuldenquote ist auf über 82 % angestiegen und die Wahlbeteiligung bei Nationalratswahlen ist mit 74 % so niedrig wie noch nie. Gleichzeitig gibt es große Potentiale in den Bereichen der Bürgerbeteiligung, der Digitalisierung oder der europäischen Zusammenarbeit. Es liegt an uns, hier einen Kurswechsel einzuleiten.

Unser System braucht einen Neustart. Aus einem Vollkaskostaat muss eine effiziente Servicestelle werden, die Wirtschaftswachstum und Wohlstand fördert und Chancen statt Schulden bietet. Durch eine moderne Netzpolitik und zeitgemäße Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung wollen wir möglichst viele Menschen dafür gewinnen, sich einzubringen und mitzugestalten. Um im globalen Wettbewerb zu bestehen, braucht es auch ein starkes Österreich in einem vereinten Europa.

„Staatshaushalt und Steuerpolitik“

In Österreich wurde viel zu lange mehr ausgegeben als eingenommen. Mittlerweile hat jeder und jede von uns pro Kopf einen Schuldenrucksack von rund 30.000 Euro. Schulden und Defizite nehmen uns den finanziellen Spielraum, um wichtige Zukunftsinvestitionen zu tätigen – damit muss Schluss sein.

Österreich braucht dauerhaft einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Das geht durch eine Reduktion der Ausgaben und mehr Eigenverantwortung in der Steuerpolitik, um Leistung zu ermöglichen und zu belohnen.

Wir fordern daher:

- Verankerung der **Schuldenbremse in der Verfassung, Reduktion der Staatsschuldenquote & Verpflichtung zum Nulldefizit**
- Konsequenzen bei einseitiger Belastung der Jungen im Rahmen des **Generationen-Scans**
- Senkung der **Steuerquote** & mehr Transparenz bei **Steuergeldfinanzierungen**
- Einführung einer europaweiten **Finanztransaktionssteuer**
- **Reduzierung der Staatsanteile an Unternehmen** bei Aufrechterhaltung der Mitbestimmungsmöglichkeiten

- **Attraktivierung von privatem/zivilgesellschaftlichem Engagement** für gemeinnützige Zwecke (z. B. soziales Crowdfunding, gemeinnützige Stiftungen)
- **Möglichkeit einer Steuergeldwidmung und Einführung eines Bürgerbudgets**
- Maßnahmenplan zur **Reduzierung der Förderungen** und sofortige ersatzlose Streichung unnötiger Doppelförderungen

„Bürgerbeteiligung und Politische Bildung“

Viele Menschen wollen sich einbringen und mitbestimmen, wenn es dafür passende Angebote gibt. Der Erfolg der letzten Volksbefragung auf Bundesebene im Jahr 2013 und viele Initiativen auf regionaler Ebene haben das in den letzten Jahren bestätigt. Mitbestimmung ist eine gute Möglichkeit, um Politik wieder näher an die Menschen zu bringen und ihnen das Vertrauen in das politische System zurückzugeben.

Die Politik muss den Rahmen dafür schaffen, möglichst viele Menschen bei möglichst vielen Themen direkt einzubinden. Gleichzeitig soll die Bevölkerung auch mehr Möglichkeiten bekommen, für ihre Anliegen selbst aktiv zu werden und ihnen mehr Gewicht verleihen zu können.

Wir fordern daher:

- Eigenständiges Schulfach „**Politische Bildung & Staatskunde**“ mit interdisziplinärem Unterricht spätestens ab der 5. Schulstufe und eigene Fachausbildung für Lehrkräfte
- Ausbau der Direkten Demokratie durch **Aufwertung der Volksbegehren**
- Verpflichtende Einleitung einer **Volksbefragung nach erfolgreichem Volksbegehren**
- Ausbau der Mitwirkungsmöglichkeiten auf **Landes- und Gemeindeebene (z. B. Bürgerräte)**
- Einführung von „**Bürgersonntagen**“, um Wahlen, Abstimmungen etc. auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene an einem Tag gemeinsam durchzuführen

„Wahlrecht und Politisches System“

In den vergangenen 10 Jahren ist die Wahlbeteiligung in Österreich bei Nationalratswahlen um fast 10 % gesunken, während gleichzeitig die Zahl der abgegebenen Vorzugsstimmen steigt. Auch die Erfahrung aus anderen Ländern zeigt, dass sich die Politik immer stärker personalisiert. Eine höhere Bindung der politischen Entscheidungsträger an ihre Wählerinnen und Wähler führt zu einer bürgernäheren Politik.

Daher sollen in Zukunft nicht Parteien und ihre Listen darüber entscheiden, wer im Parlament sitzt, sondern die Wählerinnen und Wähler durch ihre Vorzugsstimmen. Ein echtes Persönlichkeitswahlrecht soll eine direkte Verantwortung gegenüber der Bevölkerung ermöglichen und durch die Einführung eines Mehrheitswahlrechts auch die Entscheidungsfähigkeit der Politik gestärkt werden.

Wir fordern daher:

- **Regierungshearing** im Nationalrat und die Wahl der einzelnen Regierungsmitglieder
- Parteiinterne **Mandatsvergabe** nach der Reihung der erzielten Vorzugsstimmen
- Umsetzung eines **personalisierten Verhältniswahlrechts** mit 100 direkt gewählten Abgeordneten nach dem Vorbild des Poier-Modells
- Einführung eines unabhängigen parlamentarischen **Legislativdienstes** nach deutschem Vorbild
- Mittelfristige Einführung eines **Mehrheitswahlrechts**
- Mehr **Bürgerservice** durch mehr Ressourcen für die Arbeit der parlamentarischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Wahlkreis und auf Bundesebene

„Digitalisierung und Netzpolitik“

Das Internet ist aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken – 73 % der Österreicherinnen und Österreicher sind täglich online – und die Politik darf hier nicht rückständig bleiben. Die Technik hat sich weiterentwickelt und kann uns das Leben auf vielen Ebenen erleichtern.

Das Internet hat unsere Gesellschaft revolutioniert und die Welt zusammenwachsen lassen. Wir wollen, dass der erleichterte Zugang zu staatlichen Leistungen und Informationen ebenso genutzt wird wie die neuen Potentiale der wirtschaftlichen Entwicklung und der demokratischen Mitbestimmung.

Wir fordern daher:

- Ausbau des **E-Governments**
- **Offenlegung des Abstimmungsverhaltens** der Abgeordneten auf allen Ebenen
- **Offenlegung von staatlichen und europäischen Subventionen**
- Freier Zugang zu **offiziellen Schriftstücken – Informationsfreiheit statt Amtsgeheimnis**
- **Ausbau der Bürgerbeteiligung über das Internet** hinsichtlich der parlamentarischen Arbeit und der Tätigkeit der Behörden
- Möglichkeit einer **elektronischen Teilnahme an Volksbegehren und Volksbefragungen**
- Möglichkeit einer **elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen** von Selbstverwaltungskörperschaften auf freiwilliger Basis
- **Breitbandausbau** in allen bewohnten Regionen Österreichs
- Kostenloses **WLAN an öffentlichen Plätzen**
- Ausbau von Sicherheitssystemen, um den **Schutz kritischer Stellen der Netzinfrastruktur** zu gewährleisten
- Ausbau des **digitalen Angebots von Bibliotheken**
- Bekenntnis zum **Schutz des geistigen Eigentums & der Netzneutralität**
- Schaffung eines **Austria-Mails** – offizielle Emailadresse als Teil der digitalen Identität
- Bekämpfung der **Internetkriminalität** durch „Löschen statt Sperren“
- **Digitale Kompetenz** an Schulen vermitteln

„Österreich in Europa und der Welt“

1985 hat die Junge ÖVP als eine der Ersten den EU-Beitritt Österreichs gefordert. Nach mittlerweile 20 Jahren EU-Mitgliedschaft hat Österreich massiv davon profitiert: Durch den Beitritt zu EU entstehen jährlich 13.000 neue Arbeitsplätze, die Exporte haben sich verdreifacht und Reisefreiheit, Studentenaustausch sowie die gemeinsame Währung erleichtern unseren Alltag.

Trotzdem ist Europa noch immer ein „halbfertiges“ Projekt, das etwa im Bereich der Einbindung der Bevölkerung noch großen Aufholbedarf hat. Österreich kann hier einen Beitrag leisten: Wir sind ein kleines Land – und trotzdem hat Österreich eine wichtige Stellung in Europa und der Welt. Gemeinsam wollen wir uns für ein Europa stark machen, das nah bei den Bürgerinnen und Bürgern ist und gemeinsam auf die globalen Themen Antworten findet.

Wir fordern daher:

- **Klare Kompetenzverteilung auf EU-Ebene** im Sinne der Subsidiarität
- Stärkung der **Regionen** auf EU-Ebene
- Stärkung von **Wirtschaftspartnerschaften** in der **Entwicklungszusammenarbeit** und Absicherung des österreichischen Beitrags in der Welt
- Perspektive einer **EU-Mitgliedschaft** für die Staaten des **Westbalkans**
- Rolle Österreichs als **Ort des Dialogs** stärken
- Schritte in Richtung eines **kernwaffen- und kernenergiefreien Europas**
- **Stärkere gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik** und Schaffung einer **Energie-Union**
- Bündelung nationaler Verteidigungsressourcen im Sinne einer **gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion**
- Konsequenter **Schuldenabbau** in Europa und ein langfristiges Einhalten der Maastricht-Kriterien
- Ausbau der **Mitbestimmungsmöglichkeiten auf EU-Ebene**: Direktwahl des Kommissionspräsidenten & Aufwertung der europäischen Bürgerinitiative
- **Schaffung eines Digitalen Binnenmarkts**

Junge ÖVP
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien

01 / 40 126 443
junge.oevp.at
junge@oevp.at



fb.me/jungeoevp



flickr.com/jungeoevp



[@jungeoevp](https://twitter.com/jungeoevp)